

Rheinsberger Zeitung

Ämliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg



Bezugs-Preis

Einzelhefte 10 Pf. Halbjährlich 5.00 Mark. Durch den Postweg 0.90 Mark. Durch den Boten frei ins Haus gebracht 1.00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich
Carl Tharmann

Druck und Verlag
C. Tharmanns Buchdruckerei,
Rheinsberg.

Anzeigen

Für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0.20 Mark für die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet und bis vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 76 Fernsprecher Donnerstag, den 29. Juni 1933. Nummer 37 39. Jahrgang

Luftbedrohung

Während des Weltkrieges entwickelte sich im Rahmen der Luftwaffe die Luftwaffe. Sie verlor die Aufgaben der Luftfahrt, Verbindung, Artillerie, Bekämpfung von Erdzielen und des Jagdflugzeuges im Dienste des Heeres und der Flotte. Nur vereinzelt, „Bombengeschwader der Obersten Seereschutz- oder Marineleitung“ ließen neue Zukunftsaufgaben erkennen. An selbständige Luftseere dachte man aber auch nicht, da selbst im Verfall der Diktator nur von „Luft- und Marine-Luftstreitkräften“ die Rede ist, mit dem Wort aber von einem „Luftseer“ als selbständigen Teil der Marine!

Erst nach dem Kriege vollzog sich bei fast allen Großmächten die Entstehung der Luftwaffe, neben dem Ausbau der Luftwaffe, jene Entwicklung, deren Abschluß die französische Organisation zeigt: Heer und Marine besitzen ihre „Luftwaffe“, gleichsam als fliegende Artillerie, Artillerie und Bergestruppe, Gerade die enge Verbindung zwischen „Wassergeschützen“ mit den alten begründeten Luftschiffen, demel wird das „Luftseer“ für die Luft aus allen Luftschiffen, die mit Maschinen, Bomben, bei Tag oder bei Nacht, den Feind in Luft und auf der Erde anzugreifen bestimmt sind, und deren Hilfswaffen. Diese Luftseer ist ebenso, wie Land- und Flotte, ja mehr als diese, geeignet und berufen auf die künftige Kriegserverwendung.

So hat z. B. auch der französische Ministerrat vor einigen Wochen die Bildung einer Luftseere beschlossen, die neben Landheer und Marine stehen soll. Mit derung solcher Luftseere wird der Schlüssel gelegt der neuen organisatorischen Luftseere. Denn die Zeiten, denen die ersten bewaffneten Heeren sich zu heeren zusammenfanden, oder die Schiffe zu Kriegsschiffen, die entstanden uns im Nebel faun erforcht Vorgehens. Der Bau der Luftseere aber hat sich erst in den letzten Jahren vollzogen, unter den Augen aller jener internationalen Kommissionen und Konferenzen, welche vorgeben, der eine Welt zu dienen.

Die Auflösung der Luftschiffstreitkräfte aus dem Bereich der Heer und Flotte läßt die andersgeartete Zweckbestimmung der Luftseere deutlich erkennen: Während das Heer ausschließlich, die Marine vorwiegend gegen die stärkste Macht des Feindes kämpft, richtet sich die Kriegführung der Luftseere überwiegend gegen die Kraftquellen des feindlichen Volkes. Eine Schonung der Zivilbevölkerung ist dabei gar nicht möglich, jede Zerstörung darüber wird durch die Organisation selbst im großen Maßstab. Luftseere sind ihrem ganzen Wesen nach in ihrem Wesen offenbar, das hat der französische Luftminister seine Kol mit extremer Offenheit als erstes bei Erörterung der neuen Organisation dem Berichterstatter des „Anhangs“ betonte, indem er sagte: „Sollte ein Kriegsausbruch die Luftseere als eine Offensivkraft die erste Rolle spielen.“

Wir Deutsche pflegen bisher, wenn wir von unserem Weltanschauung sprachen, etwa so zu sagen: „Uns fehlen Artillerie, Tanks, Flieger und Unterboote!“ Die Gleichwertigkeit ist schon seit langem grundsätzlich falsch. „Uns fehlt die Luftwaffe bei Heer und Flotte, außerdem wichtiger als alles, selbst uns das Luftseer, allein angesichts der unerhörten Luftaufrüstung aller Nationen unsere Sicherheit einigermaßen gewährleisteten.“

Unvergleich der Luftaufrüstungen ist für uns ein Grund der Brüstung für jene Vertragserfüllung, auf die wir Anspruch haben! Daneben muß Deutschland unbedingt das Recht auf Polizeiflugzeuge erhalten. Interessant ist die Zusammenhänge ist, daß unter dem Eindruck der letzten Jahre und deren Realität durch das Lieberliegen der Hauptaufgabe durch rote Flieger drastisch dargestellt worden ist, die Londoner „Times“ immerhin Verständnis für die Notwendigkeit deutscher Polizeiflugzeuge bezeugt.

Wenn der Versailles Vertrag Deutschland „auch keine Luft- oder Marine-Luftstreitkräfte gestatte“, so meint die „Times“, so sei doch andererseits nicht zu betonen, daß der Vertrag in diesem Vertrag nicht erwähnt sei. Das ist zurecht dann auf die in Genf eingegangenen deutschen Vertragsprogramme und rednet damit, daß Deutschland die gleiche Luftpolizeimacht organisiert werde, gleichmäßig Antwort Genf Deutschland auf seine Forderung nach Gleichberechtigung in der Luftfahrt erteilen werde. Entgegen der deutschen Forderung aber zur Erreichung einer Luftpolizei in die Höhe zu legen, was die anderen Mächte dagegen ablehnen, da es ein internationales Überwachungsorgan bedeute. „Die beste Antwort“, so folgert die „Times“, „würde daher die beschleunigte Ausarbeitung der Luftkonvention sein.“

In dieser Forderung nach Fortführung der Abrüstungsverhandlungen befindet sich die „Times“ in übereinstimmender Meinung mit der deutschen Delegation in Genf, deren Vorsitzführender, Reichsminister Nodding, jedoch in aller Form gegen eine Unterbrechung der Verhandlungen Stellung genommen

hat. Würde dagegen in Genf jetzt abermals eine Pause eingelegt, wie es das Büro will, läßt man sich vor der ersten Tatsache, daß die Abrüstungskonferenz selbst aktiven Befahren gegenüber macht- und erfolglos ist. Eine neue Vertagung der Abrüstungskonferenz wäre damit ein Schritt weiter dergo in Richtung des Zusammenbruchs der Konferenz.

Kein Anlaß zur Vertagung!

Reichsminister Nodding gegen Vertagung der Abrüstungskonferenz. Die Frage des weiteren Schicksals der Abrüstungskonferenz beschäftigte am Dienstag das Büro der Genfer Konferenz. Vor dem Zusammenritt des Präsidiums hatte Reichsminister Nodding am Vormittag Besprechungen mit dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson und dem englischen Vertreter, Unterstaatssekretär Eden. Henderson teilte in der Unterredung mit Nodding mit, daß es ihm nicht gelungen sei, bis jetzt für die Vorbereitung der zweiten Sitzung des englischen Konventionssentwurfes die in Aussicht genommenen Verhandlungen zu führen. Er sehe nicht, wie gegenwärtig die Arbeiten des Hauptausschusses mit Erfolg weitergeführt werden könnten, und er sei infolgedessen für eine Vertagung der Konferenz bis nach der Völkerverammlung im Herbst. Einen ähnlichen Standpunkt nahm der englische Vertreter Eden gegenüber Reichsminister Nodding ein. Auch er vertrat die Auffassung, daß man Henderson noch Zeit geben müsse, die zweite Sitzung des englischen Konventionssentwurfes vorzubereiten.

Dementsprechend betonte der deutsche Delegationsführer Reichsminister Nodding gegenüber, daß die Arbeiten der Konferenz fortgesetzt werden müssen und daß kein Anlaß zur Vertagung vorliege. Ein Eventualfall könne Henderson die notwendigen Besprechungen ja hier in Genf führen.

Um die Goldwährung

Geheimnis der europäischen Zentralnotenbanken. London, 28. Juni.

In der Konferenzhalle fand, wie Reuter erfährt, eine wichtige Geheimnis der Zentralbanken der europäischen Völkerverammlung statt. Nach der Entdeckung der Londoner Devisenbehörde waren um Mitternacht Aufforderungen zu dieser Zusammenkunft an Vertreter der Niederlande, der Schweiz, Frankreichs und Deutschlands gelangt worden. Auf der Konferenz lag die Lage der Goldwährung der Europäer erörtert worden mit besonderer Bezugnahme auf die künftigen Entwicklungen gewisser europäischer Goldwährungen.

Es sei einstimmig beschlossen worden, daß keine Rede davon sein dürfe, daß irgendeines der obengenannten Länder vom Goldstandard abgehe.

Ferner sei angeregt worden, daß der französische Vertreter an MacDonald herantreten solle, um ihn dringend aufzufordern, sich nachdrücklich gegen ein weiteres Abgehen vom Goldstandard auszusprechen, daß den britischen Handel in Europa ernstlich beeinträchtigen würde.

Erledigte Donaupläne

Anstatt dessen Stimmungsmache für eine Eingliederung Österreichs in die kleine Entente.

Von allen Seiten sind in den letzten Tagen Erklärungen und Dementis gegen die neuen Donaupläne, deren Kern ein Zusammenschluß zwischen Österreich und Ungarn sein sollte, veröffentlicht worden, so daß diese Episode des österreichischen Problems sehr rasch ihren Abschluß gefunden hat. Von italienischer Seite ist insbesondere erklärt worden, daß Italien nicht daran denke, der Kleinen Entente einen Vorwand für ihre aggressive Politik zu geben.

Die kleine Entente hatte sich ihrerseits des angeblichen italienischen Unionsplanes sofort bemächtigt, um, wie bei den Verhandlungen über den Viermächtepakt eine Art Erpressungsvertrag an den französischen Verbündeten zu unternehmen. Da Frankreich sich auf die Fragestellung der Kleinen Entente nicht eingelassen hat, treten jetzt wieder die alten Bestrebungen besonders in Prag hervor, die Österreich gegenwärtig in den Bund der drei Nachfolgestaaten eingliedern möchte.

Damit ist der Ausgangspunkt der ganzen Erörterungen der letzten Tage wieder erreicht und der ergebnislose Kreislauf der Pläne und Gerüchte kann von neuem beginnen, denn es hat sich im Laufe der Jahre immer wieder erwiesen, daß die

Wiederherstellung der alten Donaumonarchie auf wirtschaftlichen Gebiete eine Utopie ist, und daß die Urheber der Pariser Vorortverträge sich verrechnet haben, wenn sie glaubten, die politische Zerstückelung dieser historischen Einheit werde eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ohne weiteres ermöglichen. Die Nachfolgestaaten haben sich wirtschaftlich stark auseinander entwickelt und sind, ohne ihre wirtschaftliche und politische Grenzen zu gefährden, gar nicht in der Lage, die Zollgrenzen zu abbauen, was das in verschiedenen theoretischen Plänen immer wieder empfohlen wird.

Neue Schifanen in Wien

NSDAP-Abgeordnete unter „Hochverratsverdacht“.

Wien, 28. Juni. Wegen angeblichen Verdachtes des Hochverrats wurden die sechs verhafteten früheren nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten von Niederösterreich aus dem Polizeigefangenenhaus in die Haft des Landesgerichts übergeführt. Gegen den bisherigen obersten SA-Führer Österreichs, Bundesrat Reichm, ferner gegen die gleichfalls flüchtigen niederösterreichischen Landesräte Straßmayer und Rentmeister wurden Siebbriefe erteilt. Den nationalsozialistischen Wiener Landtagsabgeordneten sind die Pässe abgenommen worden.

Staatspartei ohne Mandat

Das Wahlabkommen mit der SPD wird den Staatsparteiern zum Verhängnis.

Berlin, 28. Juni. Nach dem Wortlaut der preussischen Durchführungsbestimmungen zu den Befähigungserlassen gegen die SPD werden auch die staatsparteilichen Mandate im Preussischen Landtag hinfällig. In den Durchführungsbestimmungen heißt es, daß unter den betroffenen Personenkreis alle Mitglieder des Reichstags, des Landtags und des Staatsrats fallen, die selbst Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, oder die auf Grund von Wahlvorschriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt worden sind.

Da die dem Preussischen Landtag angehörenden drei staatsparteilichen Abgeordneten, der frühere Handelsminister Dr. Schreiber und die Abgg. Tuchs und Frau Professor Hartwig, auf dem sozialdemokratischen Landeswahlvorstand gewählt worden sind, entsprechend einem wahlrechtlichen Abkommen, das zwischen SPD und Staatspartei zustande kam, hat der Präsident des Preussischen Landtages, Minister Kerl, verfügt, daß auch die weitere Ausübung dieser staatsparteilichen Mandate zu unterlagen ist. Die Parlamentarverwaltung hat infolgedessen den Staatsparteilichen mitgeteilt, daß sie ihre Mandate nicht weiter ausüben dürfen, und daß sie die parlamentarischen Ausweise zurückzugeben haben. Die Diäten für die Staatspartei sind gesperrt.

Man kann annehmen, daß ein gleiches Vorgehen auch gegenüber den fünf staatsparteilichen Reichstagsabgeordneten erfolgen wird, die ebenfalls durch Völkerverbindung mit den Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt worden sind. Es handelt sich dabei um den früheren Reichsfinanzminister Dietrich-Baben sowie um die Abgg. Lemmer, Dr. Heß, Landahl und Dr. Walter-Württemberg.

Bekämpfung des Wiesmachertums

Der preussische Ministerpräsident und Minister des Innern, Göring, hat an die nachgeordneten Behörden einen Rundschreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Es ist in letzter Zeit verschiedentlich beobachtet worden, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter in der Unterstellung mit anderen Personen Beziehungen knüpfen, die geeignet sind, Unzufriedenheit über die von der nationalen Regierung getroffenen Maßnahmen zu erzeugen und Mißtrauen zu säen. Es handelt sich um Personen, die man mit dem Ausdruck „Wiesmacher“ treffend kennzeichnen kann. Ich bitte, sämtliche Beamten, Angestellten und Arbeiter darauf hinzuwirken, daß künftig in solchen Methoden eine Fortsetzung der marzipanischen Heße erbt wird und Wiesmacher daher als verpönte Marzipan angesehen werden, die sich auf diese Weise noch immer im marzipanischen Sinne betätigen.“

Regierungspräsident Pünder beurlaubt

Münster, 28. Juni.

Regierungspräsident Staatssekretär z. D. Dr. Pünder ist von der preussischen Staatsregierung mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden. Regierungspräsident Pünder wurde mit der vertretungsweise Bearbeitung der Geschäfte des Regierungspräsidenten beauftragt.

Die Beschäftigung von Ausländern

Die Bestimmungen, die zum Schutze des Arbeitsmarktes für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer erlassen sind, finden vom 1. Juli d. S. ab auch auf die ausländischen Angestellten Anwendung. Arbeitgeber dürfen ausländische Arbeiter und Angestellte nur noch beschäftigen, wenn der ausländische Arbeitnehmer entweder einen Befreiungsschein besitzt oder der Arbeitgeber eine Beschäftigungsgenehmigung und der Arbeitnehmer eine Arbeitserlaubnis erhalten. Bestimmte Ausnahmen sind zugelassen.

Der Arbeitgeber hat in der Zeit vom 1. bis 15. Juli d. S. bei dem Arbeitsamt, in dessen Bezirk die Arbeitsstelle liegt, einen Antrag auf Erteilung der Beschäftigungsgenehmigung zu stellen. Der ausländische Arbeitnehmer oder sein Arbeitgeber hat bei der Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk die Arbeitsstelle des ausländischen Arbeitnehmers liegt, einen Antrag auf Erteilung der Arbeitserlaubnis zu stellen. Falls Zweifel bestehen, ob ausländische Arbeitnehmer, die bisher noch keinen Befreiungsschein besitzen haben, einen solchen erhalten können, ist bei dem zuständigen Arbeitsamt anzufragen.